



010/ 11/61 dhr. 16.2.
B



Thomas Kutschaty MdL
Fraktionsvorsitzender

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-22 25
F 0211.884-20 56
thomas.kutschaty@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An
den Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstraße 2
41515 Grevenbroich

15. Februar 2022

16.2.

Ihr Schreiben vom 17.01.2022 zum Braunkohleausstieg

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

haben Sie vielen Dank für Ihre Zuschrift und die Übermittlung des vom Kreistag am 15. Dezember 2021 beschlossenen Appells. Noch im vergangenen Monat traf ich mich mit Vertreterinnen und Vertretern der Bürgermeisterkonferenz der Tagebauanrainer im Rheinischen Revier und habe dort vor Ort Eindrücke sammeln und die Sorgen und Forderungen der Kommunen mitnehmen können. Der SPD-Fraktion im Landtag und auch mir persönlich sind die Herausforderungen für die Region sehr bewusst.

Die Umbrüche, vor denen wir angesichts des Klimawandels und der somit erforderlichen Energiewende stehen, sind groß. Sie erfordern unser aller gemeinschaftliches Handeln, um die Herausforderungen zu meistern. Sie erfordern unser aufeinander abgestimmtes Handeln, damit der Krafteinsatz auf den verschiedenen politischen Ebenen sowie vor Ort in den besonders vom Strukturwandel betroffenen Regionen die bestmöglichen Ergebnisse hervorbringt. Umbruchsituationen bringen eine gewisse Verunsicherung mit sich, das kann ich sehr gut nachvollziehen. Gerade aus diesem Grund brauchen wir mutige Schritte nach vorn. Die Braunkohleregionen und das Rheinische Revier insgesamt wissen die SPD-Fraktion im Landtag dabei auf ihrer Seite. Im Strukturwandel, der zunächst das Ruhrgebiet und die Steinkohle traf, haben wir viele Erfahrungswerte gesammelt. Das schließt die Erfahrung von Strukturbrüchen ein. Aus dieser Erfahrung heraus sind wir heute angetreten, zukünftige Strukturbrüche und Frustrationen zu vermeiden. Die Rahmenbedingungen stimmen in dieser dynamischen Phase der technologischen Innovationen auf dem Weg zur Klimaneutralität jedoch auch

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



optimistisch. In dieser Phase der Transformation ganzer Industriezweige sehen wir für die im Wandel befindlichen Regionen auch große Chancen. Diese wollen wir Wirklichkeit werden lassen. Für uns bedeutet der Kohleausstieg nicht das Ende, sondern den Beginn neuer Möglichkeiten.

Die Möglichkeit der Vorziehung des Kohleausstiegs auf das Jahr 2030 ist abhängig vom Fortschritt der Transformation im Energiesektor und der Umstellung energieintensiver Industrien. Wir wollen dieses Ziel faktisch ermöglichen und uns daher nicht mehr in Zahlenspielen zu Ausstiegsdaten verlieren. Klar ist aber, dass dieses Datum nun Planungssicherheit und für alle Beteiligten Orientierung bietet.

Was also wollen wir tun? Wir streben an, im Rheinischen Revier die Vergabe von Fördermitteln des Bundes massiv zu vereinfachen, damit Neues schneller entstehen kann. Neues Gewerbe und neue Industrie wollen wir fördern, indem wir dies bei der Landesplanung berücksichtigen. Das schließt – wie Sie es auch im Kreistag fordern – vereinfachte Verfahren für eine Sonderplanungszone ein. Langwierige Planverfahren gefährden eine sichere und kostengünstige Versorgung mit Energie. Mit der Einrichtung von Beschleunigungszentren und Service-Centern für die kommunalen Genehmigungsbehörden wollen wir die Bearbeitung von Genehmigungsanträgen nach Bundesimmissionsschutzgesetz und die rechtssichere Ausweisung von Zonen für die Windenergienutzung erleichtern und deutlich schneller machen. Um Behörden auf Gemeinde- und Kreisebene zu entlasten, soll Expertise überregional zusammengezogen werden. Für die wichtigsten Infrastrukturprojekte schaffen wir damit Beschleunigung und mehr Rechtssicherheit. Eine Sonderwirtschaftszone wiederum müsste eng an den Besonderheiten Industriegebiets Tagebau gekoppelt sein und auf Bundesebene rechtlich hinsichtlich des EU-Beihilferechts geprüft werden. Vor allem aber werden wir die Anrechnung von „Sowieso-Aufgaben“ auf das Budget der Strukturmittel beenden und die Einführung eines Wirksamkeits-Controllings auf Bundesebene anstreben.

Das angesprochene Vorgehen Hand in Hand möchten wir ebenso durch eine weitere Bündelung der Expertise vor Ort in Form von regionalen Transformationsräten erreichen. Darin sollen die Sozialpartner, die Zivilgesellschaft und die kommunalen und regionalen Entscheidungsträger zusammenkommen. Sie wissen vor Ort am besten, wie der Wandel vor Ihrer



Haustür zu gestalten ist. Dazu müssen sie ertüchtigt werden. Dann kann Ungleiches auch ungleich behandelt werden, denn nicht jeder Kreis und jede Kommune darin steht den gleichen Aufgaben gegenüber.

Zur weiteren Finanzierung wollen wir in Nordrhein-Westfalen unabhängig vom Landeshaushalt einen viele Milliarden Euro umfassenden Transformationsfonds einrichten, der durch strategische, temporäre Unternehmensbeteiligungen das Eigenkapital der (mittelständischen) Unternehmen stärken und ihre Investitionsfähigkeit und Stabilität deutlich erhöhen wird. Das sichert Arbeitsplätze im Transformationsprozess. Dabei zielen wir etwa auf Unternehmen, die auf Elektromobilität, auf Wasserstoffbasis oder auf zirkuläre Wertschöpfungskonzepte umstellen wollen. Dadurch fördern wir zukunftsfeste Branchen und sichern die Standorte in Nordrhein-Westfalen. Denn wegfallende Arbeitsplätze im Tagebau und den darauf aufbauenden Strukturen können nicht durch Fördermittel für einen modernen Radschnellweg oder ein Bergbaumuseum kompensiert werden. Wir wollen ein Revier mit gut bezahlten und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen, die zukunftsfest sind. Das muss für die neue Landesregierung Chefsache sein.

Ihre Hinweise aus dem „Appell zu einem vorgesehenen beschleunigten Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits 2030“ werden wir in unserer internen weiteren Beratung berücksichtigen. Das Dokument ist auch den Wirtschaftspolitikerinnen und -politikern der Fraktion bereits zugegangen.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Kutschaty